

12
75

Union in Deutschland

Bonn, den 20. März 1975

Wir bleiben in der Offensive

SPD und FDP, in sich selbst zerstritten, sind nicht in der Lage, die vielfältigen Probleme, vor denen Staat und Gesellschaft heute in unserem Lande stehen, ernsthaft anzupacken. Auch ihre neue Verleumdungskampagne gegen die Union wird den bei allen bisherigen Landtagswahlen deutlich sichtbaren Abwärtstrend dieser „Koalition der Verlierer“ nicht aufhalten.

Die CDU wird auch die bevorstehenden Wahlkämpfe offensiv führen. Vor dem Bundesauserschuß der Partei hat Helmut Kohl alle Mitglieder und Freunde der Partei aufgerufen, gestützt auf das zunehmende Vertrauen innerhalb der Bevölkerung hart zu arbeiten und die politischen Ziele der Union kämpferisch und ohne Selbstgerechtigkeit zu vertreten. „Wir müssen klar und deutlich machen, daß wir wirklich die Reformpartei im besten Sinne des Wortes sind, weil wir mit Augenmaß und Sinn für das finanziell Machbare notwendige und tragfähige Veränderungen durchsetzen. Dazu gehört auch, Bewährtes zu verteidigen, weil es durchaus tragfähig und gut für unseren Staat ist.“

Die Union — CDU und CSU zusammen — kann sich in dieser neuen Runde der politischen Auseinandersetzung auf 800 000 Mitglieder stützen und bringt damit ein Gewicht auf die Waage, wie sie es in ihrer Partei-Geschichte noch nie hatte.

■ SICHERHEIT

In der Sicherheitsdebatte des Bundestages forderte die Union Solidarität aller Demokraten zur Wahrung der inneren Freiheit des Rechtsstaates und verwarf die Doppelstrategie der SPD/FDP.

Dokumentation

■ VERLEUMDUNG

Helmut Kohl weist die Versuche der SPD/FDP zur Verteufelung unbequemer Oppositionspolitiker energisch zurück und brandmarkt sie als Ablenkung vom Versagen in Sachfragen.

Seite 5—6

■ WEHNER

UID veröffentlicht den Wortlaut der Diffamierungen Wehners, die die Unionsfraktion bei der Sicherheitsdebatte veranlaßten, den Plenarsaal zu verlassen.

Seite 7—8

■ GESETZE

An Hand einiger Beispiele wird der Beweis dafür geliefert, daß die SPD/FDP-Koalition es bei Gesetzgebungsverfahren an der nötigen Sorgfalt fehlen läßt.

Seite 11—12

■ BILDUNG

Vor fast 600 Kongreßteilnehmern formulierte die CDU in Saarbrücken ihre Vorstellungen für eine bessere berufliche Bildung.

Seite 13—15

■ INFORMATIONEN

CDA-Erfolg bei Betriebsratswahl Hoechst

Das erste Betriebsratswahlergebnis aus einem größeren Betrieb hat einen beachtlichen Erfolg für die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) erbracht. Bei den Farbwerken Hoechst in Frankfurt konnten die Sozialausschüsse ihren Anteil von früher 11 auf jetzt 16 Betriebsratsmitglieder steigern. Der neue Betriebsrat bei Hoechst, der insgesamt 43 Vertreter der Arbeiter und Angestellten umfaßt, ist parteipolitisch ausgewogen, da in ihm auch etliche Unabhängige sitzen.

Die CDU sieht in diesem Ergebnis einen hoffnungsvollen Auftakt für die Betriebsratswahlen insgesamt. Zugleich wertet sie es als wichtiges Indiz dafür, daß in den Betrieben ganz offensichtlich nicht mehr parteipolitisch einseitig gewählt wird.

„Partnerrente“ umgehend prüfen

Die CDU hat die Bundesregierung aufgefordert, den von der CDU entwickelten Plan der „Partnerrente“ eingehend zu prüfen und umgehend alle notwendigen Schritte zur gesetzgeberischen Umsetzung der „Partnerrente“ zu ergreifen. Mit diesem Vorschlag kann das Problem der unzureichenden Witwenrente und der zur Klage stehenden Witwenrente gleichermaßen und kostenneutral für die Zukunft gelöst werden.

Das Bundesverfassungsgericht hatte dieser Tage den Bonner Gesetzgeber aufgefordert, bis spätestens 1984 auch

für Witwer einen unbedingten Rentenanspruch einzuführen. Zur Zeit erhält ein Witwer nur dann eine Rente aus der Versicherung seiner verstorbenen Frau, wenn er von dieser vor ihrem Tode überwiegend unterhalten wurde. Dagegen steht einer Witwe der Anspruch auf Hinterbliebenenrente aus der Versicherung ihres verstorbenen Mannes ohne eine solche Einschränkung zu. Karlsruhe stellte fest, daß gegenüber früheren Verhältnissen der Frau in Ehe und Familie nicht mehr ausschließlich die Rolle der Hausfrau zugewiesen werde.

CDU Niedersachsen zweifelt Kubels Mehrheit an

Der Generalsekretär der niedersächsischen CDU, Haabengier, hat auf dem Parteitag des CDU-Landesverbandes Oldenburg Ministerpräsident Kubel (SPD) zum Rücktritt aufgefordert. Haabengier wies darauf hin, daß sich der Chef der sozial-liberalen Regierung nach der Abtretung eines Landtagsmandats an die CDU vom Plenum neu bestätigen lassen müsse. Wenn sich Kubel angesichts eines Stimmenverhältnisses von 78 Abgeordneten der SPD und FDP gegenüber 77 der CDU im Landtag einer Stimmenmehrheit sicher sei, könne er sich auch der Wahl stellen.

So hat der Wähler reagiert

Wie groß das Interesse der Wähler an den politischen Auseinandersetzungen ist, zeigte eine Blitzumfrage der Wickert-Institute in Tübingen, die „Welt am Sonntag“ zur Verfügung gestellt wurde: 72 Prozent aller Wähler haben die Debatte des Bundestages über die Sicherheit in der Bundesrepublik letzte Woche in Presse, Funk oder Fernsehen verfolgt. Auf die Frage, wer bei dieser Debatte Punkte gewonnen habe, entschied

den sich 33 Prozent der Befragten für die Opposition, zwölf Prozent für Regierungsparteien und 25 Prozent für keinen der Kontrahenten.

Von der Mehrzahl der Befragten wurde zum Ausdruck gebracht, daß der SPD-Fraktionsvorsitzende Wehner die Schuld an der Schärfe der Auseinandersetzungen habe. 44 Prozent äußerten sich spontan in diesem Sinne, obwohl eine entsprechende Frage ausdrücklich nicht gestellt worden war.

DDR — Arbeitslosigkeit durch Rationalisierung

Die Arbeitslosigkeit nimmt in der DDR zu. Die Zahl der Stellengesuche in den Tages- und Fachzeitungen ist erheblich angestiegen. Stellenangebote erscheinen schon seit Jahren „aus Sicherheitsinteressen“ nicht mehr. Die jetzt eingeleiteten verstärkten Rationalisierungs- und betrieblichen Sparmaßnahmen setzen zunehmend gehobene Arbeitskräfte frei. Die Zahl der beschäftigungslosen Ingenieure beispielsweise soll groß sein.

Linksradikale auf dem Vormarsch

Die Zahl der Linksradikalen in der Bundesrepublik ist von 1970 bis Ende 1973 von 65 000 auf 87 000 gestiegen. Gleichzeitig ging die Anzahl der Rechtsradikalen von 29 700 auf 21 700 zurück. Das ist einem Bericht der Landesämter für Verfassungsschutz zu entnehmen. Auf die 87 000 Linksradikalen entfallen 116 000 Mitgliedschaften in 317 Organisationen, bei den Rechtsradikalen 25 900 auf 107 Einrichtungen.

Die orthodoxen, moskautreuen Kommunisten füllen mit 98 000 Mitgliedern den Hauptanteil der Radikalenlisten. Es folgen die Maoisten mit 12 000, Trotzkiisten mit 1 000 und Anarchisten mit 500.

STICHWORTE

Wissen will

die CDU von der Bundesregierung, ob im Zusammenhang mit der Baader/Meinhof-Fahndung eine Liste von Sympathisanten aufgestellt worden ist, und ob darin auch Namen von MdB's enthalten sind.

Mehr als verdoppelt

haben sich die Arbeitskosten der deutschen Industrieunternehmen seit 1967. Sie liegen damit höher als in Frankreich, Holland, Italien, Japan und den USA.

Für die Finanzierung

der Investitionen im öffentlichen Personen-Nahverkehr fehlen 2 Milliarden DM, weil von den Gemeinden nur 12,2 gegenüber einem geschätzten Bedarf von 14,3 Milliarden aufgebracht werden.

Rd. sieben Milliarden

Dollar haben US-Unternehmen seit 1945 in der Bundesrepublik investiert.

800 Millionen DM zuviel

zahlt jährlich die Bundesrepublik in den „Europa-Topf“, weil im EG-Haushalt immer noch der seit Jahren nicht mehr gültige Dollarkurs von 3,66 DM als Rechnungseinheit zugrunde gelegt wird.

Neuesten Steuerschätzungen

zufolge muß der Bund seine Einnahmen um 1,35 Milliarden DM niedriger veranschlagen, als ursprünglich berechnet worden war.

■ BUNDESTAG

Guillaume wußte es vorher: „Ehmke macht das schon“

Der Kanzler-Spion Günter Guillaume hat einem langjährigen Freund vor dem konstruktiven Mißtrauensvotum gegen Willy Brandt im September 1972 anvertraut, daß Rainer Barzel unterliegen werde, weil es bestechliche CDU-Abgeordnete gebe. Der Freund, der Bonner Regierungsrat Hans-Christoph Toelle, hat dies bei seiner Einvernahme durch die Staatsschutzabteilung des Bundeskriminalamtes ausgesagt. Über seine Angaben liegt ein schriftliches Protokoll vor.

Bei einem Gespräch mit dem ASD bestätigte der Regierungsrat jetzt alle Einzelheiten seiner schwerwiegenden Aussagen. Er werde auch als Zeuge beim Guillaume-Prozeß in Düsseldorf dazu stehen. Toelle ist im Bundesamt für Zivilen Bevölkerungsschutz, einer Behörde im Rahmen des Bundesinnenministeriums, tätig.

Der Regierungsrat, der seit 13 Jahren mit Guillaume befreundet und deshalb zunächst auch selbst von den Sicherheitsbehörden observiert worden ist, gab im September 1974 zu Protokoll, unter anderem sei ihm ein Gespräch in „denkwürdiger Erinnerung“, das er einen Tag vor dem konstruktiven Mißtrauensvotum mit Guillaume geführt habe.

Er habe Guillaume gegenüber geäußert, daß die Koalitionsregierung nach den Übertritten von Abgeordneten

zur CDU/CSU wohl keine Chance mehr habe, sich länger zu halten. Darauf habe Guillaume ihm gegenüber „mit Bestimmtheit entgegnet“, der Bundeskanzler verfüge über Mittel, die das sehr wohl noch möglich machten. Bei der Union gäbe es Abgeordnete, die bestechlich seien. Wörtlich habe Guillaume dann hinzugefügt: „Der Ehmke macht das schon.“

Gegenüber dem Korrespondenten des ASD sagte Toelle, Guillaume habe mit seiner Bemerkung, der Bundeskanzler verfüge über Mittel, zweifelsfrei finanzielle Mittel gemeint.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU Karl Carstens, trifft zu diesem Vorgang folgende Feststellungen:

Durch die Aussagen des Regierungsrates Toelle sind der damalige Bundeskanzler und heutige SPD-Vorsitzende Willy Brandt, sowie der damalige Kanzlerminister Ehmke erneut schwer belastet worden. Der Verdacht, daß sie sich an der Bestechung von Abgeordneten beteiligt haben, war schon im Verfahren des Untersuchungsausschusses Wienand/Steiner aufgetaucht. Er ist jetzt erhärtet worden.

Herr Professor Ehmke hat zu den entscheidenden Vorgängen, insbesondere zu der Frage, für welchen Zweck er am Tage vor dem Mißtrauensvotum gegen Bundeskanzler Brandt 50 000 DM aus dem Geheimfonds des Bundeskanzlers entnommen habe, siebenmal die Aussage verweigert.

Ich habe Bundeskanzler Schmidt im Plenum des Bundestages eindringlich aufgefordert, dem ehemaligen Bundesminister Ehmke im Interesse der Wahrheitsfindung eine umfassende Aussagegenehmigung zu erteilen. Das ist bis heute nicht geschehen. Herr Brandt und Herr Ehmke stehen weiter im Zwielicht.

SPD-STRATEGIE

Statt sachlicher Argumente immer neue Verleumdungen

Schon seit geraumer Zeit versucht die SPD, in einer groß angelegten Kampagne mit Blick auf die Bundestagswahl 1976 die Auseinandersetzung mit den Unionsparteien mit Unterstellungen und Diffamierungen statt politischer Argumentation zu bestreiten. Die SPD-Führung entzieht sich damit dem Ringen um sachliche Alternativen mit der parlamentarischen Opposition. Statt dessen verfolgt sie eine Verteufelungsstrategie gegenüber führenden Politikern der Union.

Jetzt versuchen SPD-Spitzenpolitiker und Regierungsvertreter, einen Keil zwischen die Unionsparteien und ihre Spitzenpolitiker zu treiben. Sie stützen sich dabei auf teilweise aus dem Zusammenhang gerissene Äußerungen des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß in einer Klausurtagung in Sonthofen.

Der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl hat in der Debatte zur inneren Sicherheit im Deutschen Bundestag diese Versuche zur Verteufelung unbequemer Oppositionspolitiker energisch zurückgewiesen. Er hat sie als Ablenkungsmanöver von offensichtlichem Versagen in Sachfragen und von verschleierte Schwierigkeiten bezeichnet, die sich SPD und Bundesregierung selbst zuzuschreiben haben.

Das strategische Ziel der SPD besteht offenkundig darin,

- angesichts der bevorstehenden Wahlkämpfe der politischen Argumentation auszuweichen und statt dessen

- die führenden Unionspolitiker moralisch und intellektuell herabzusetzen. Wer — wie Herbert Wehner — parlamentarische Opposition für überflüssig hält und — wie Heinz Kühn — eine CDU-Regierung mit dem Ausbruch sozialer Unruhen gleichsetzt, der

- leugnet die demokratische Rolle der Opposition und

- schließt den verfassungsmäßigen Wechsel von Regierung und Opposition aus.

Die Union wird sich weder durch pauschale Diffamierungen noch durch das Kesseltreiben gegen einzelne Oppositionspolitiker davon abbringen lassen, den verfassungsmäßigen Auftrag einer parlamentarischen Opposition zu erfüllen.

Dies bedeutet:

- umfassende Kontrolle und sachlich harte, konstruktive Kritik der Regierungsarbeit (z. B. Haushaltspolitik);

- Aufklärung über verschleierte Tatsachen und verharmloste Schwierigkeiten (z. B. Wirtschaftslage, innere Sicherheit);

- Herausstellung klarer Alternativen zu umstrittenen politischen Grundfra-

gen (z. B. Hochschulrahmengesetz) und schließlich

■ den Versuch, eigene konzeptionelle Vorstellungen soweit als möglich durchzusetzen (z. B. Wehrstruktur, Konjunkturprogramm Dezember 74).

SPD und Bundesregierung haben sich in der Vergangenheit dieser Auseinandersetzung zu entziehen versucht; sie haben

■ das Angebot der Union zu konstruktiver Zusammenarbeit hochmütig abgelehnt,

■ die Sorge um sichere Arbeitsplätze und geordnete Staatsfinanzen als Panikmache abqualifiziert,

■ kritische Hinweise auf drohende Gefahren für die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland als Angstpropaganda verteufelt und schließlich

■ aus reinem Machterhaltungstrieb in aller Öffentlichkeit der Opposition Regierungsunfähigkeit unterstellt und damit den demokratischen Wechsel von Regierung und Opposition auszuschließen versucht.

Hier wird offenkundig, daß in Wahrheit SPD und Regierung ein gefährliches Spiel mit den Grundregeln unserer parlamentarischen Demokratie betreiben. Der Vorwurf der totalen Konfrontation fällt auf die Urheber selbst zurück.

Erziehung zu blindem Haß

Was die SPD gerade im Zusammenhang mit der angeblichen „Geheimrede“ des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß in diesen Tagen von sich gegeben hat, ist beispielhaft für den Verbalradikalismus dieser Partei. Nachfolgend einige Beispiele:

„Jetzt aber liegen die totalitären Absichten auf dem Tisch. Denn soviel hat der Althistoriker Strauß aus der jüngeren deutschen Geschichte auch gelernt, daß eine gesunde Demokratie nicht die Asche ist, aus der die starken Männer aufsteigen. Sein Rezept der Krisenverschärfung stammt aus den Jahren vor 1933, Hitler hat es mit ‚Erfolg‘ angewandt.“

„Vorwärts“, Zentralorgan der SPD, 13. März 1975

„Selbstzeugnis eines Extremisten“

Schlagzeile des „Vorwärts“, 13. März 1975.

„Die langfristigen Ziele des CSU-Vorsitzenden können nur den Abbau und die Beseitigung des Rechtsstaates... bewirken.“

Alfons Bayerl, SPD-Staatssekretär a. D.

„... offenbar eine politische Ausgangsposition, die absolut vergleichbar ist mit der von faschistischen Junta-Chefs und -Obristen.“

Resolution des Bundesvorstandes der Jungsozialisten, 11. März 1975

„Wer so redet, der ... gibt sich als Totengräber von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit zu erkennen, er verwirkt seinen Platz in einer demokratischen Partei...“

Herbert Ehrenberg, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD, im SPD-Pressedienst vom 12. März 1975

■ WEHNER IM BUNDESTAG

Eine unerträgliche Belastung für Demokratie und Parlament

„Herbert Wehner wird immer häufiger zu einem miesen Gossenredner, bei dessen Haßtiraden selbst Fraktionsangehörige der SPD pure Peinlichkeit empfinden.“ Mit diesen Worten kommentierte die „Rheinische Post“ (15. 3. 1975) den Auftritt des SPD-Fraktionsvorsitzenden während der Bundestagsdebatte über die innere Sicherheit in der Bundesrepublik.

Nachfolgend veröffentlicht der UId den Wortlaut der Diffamierungen Herbert Wehners, die die Unionsfraktion veranlaßten, den Plenarsaal zu verlassen. Anschließend sind Zitate wiedergegeben, die die Qualität der Auseinandersetzung Wehners mit dem politischen Gegner verdeutlichen, und zwar als Mitglied einer Regierungs- und zuvor einer Oppositionspartei.

Herbert Wehner vor dem Deutschen Bundestag am 13. März 1975 in der Debatte zur inneren Sicherheit:

„Ihnen, Herr Strauß, und Ihresgleichen — sowohl den Semantikern unter Ihnen als auch den Krisenorganisatoren und Herbeirufern unter Ihnen, die ja zusammenarbeiten — kommt es nicht darauf an, daß Terroristen lahmgelegt und unschädlich gemacht werden, sondern so vieldeutig wie möglich die Tatsache, daß es solche Terroristen gibt, dazu auszunützen, Dunstkreise zu beschreiben und möglichst viele als in diesem Dunstkreis befindlich zu verdächtigen.“

Das ist alles, was Sie am Kampf gegen den Terrorismus interessiert, denn Sie sind selber geistig Terrorist!

Der Herr Strauß ist geistig ein Terrorist, habe ich gesagt — geistig! Der Herr Strauß hat hier heute deutlich gemacht, daß der Text aus der Sonthofener Klausur sein Stil ist, ebenso wie seine Aschermittwochs-Rede in der Nibelungenhalle. Nur können weder Sonthofen noch, wie früher, Vilshofen dafür: das sind alles nur Anhaltspunkte. Wir machen daraus keinen Dunstkreis. Wo Herr Strauß hinkommt, da ist ein Dunstkreis, den bringt er mit.“ (*Beifall bei der SPD. Zurufe von der CDU/CSU: Was bringen Sie denn mit? Den Marxismus!*)

„Jedenfalls keinen Bart, wie Sie ihn haben. Wenn Sie das Wort ‚Marxist‘ hören, geht es Ihnen so, wie Goebbels damit operiert hat, nicht anders. Sie sind nämlich in dieser Frage genauso dumm, wie es jener war. Nur war er ganz jesuitisch raffiniert.“ (*Beifall bei der SPD — CDU/CSU: Verleumder! — Anhaltende Pfui-Rufe. Die CDU/CSU-Abgeordneten verlassen den Saal.*)

Präsident Frau Renger: „Herr Abgeordneter, ich rufe Sie dafür zur Ordnung.“ Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Richard Stücklen, gab anschließend folgende Erklärung ab:

„Die CDU/CSU-Fraktion hat die Plenarsitzung verlassen, weil sie nicht bereit

war, sich die Haßtiraden des Abgeordneten Wehner anzuhören. Die CDU/CSU-Fraktion weist die unqualifizierten, diffamierenden und beleidigenden Ausführungen mit aller Schärfe zurück.

Zu solchen Ausführungen, die eines Parlamentes unwürdig sind, ist nur ein Abgeordneter von der Geisteshaltung eines Herrn Wehner fähig.

Herr Wehner ist zu einer unerträglichen Belastung unserer Demokratie und dieses Parlaments geworden.“

Herbert Wehner über die Opposition

Als die SPD in der Opposition war:

„Anderen zu helfen, ist nicht unsere Sache. Unsere Sache ist es, uns auf die Übernahme der Regierung vorzubereiten und die Krise in der Regierung zu unseren Gunsten zu wenden.“

Auf einer Funktionärskonferenz der SPD in Hof, am 25. September 1966.

„Hier ist ein großes Wort, das Wort von der ‚Solidarität des Parlaments‘, gesprochen worden ... Jetzt ist nicht die Zeit, an irgendwelche Solidarität zu appellieren ... Für wen halten Sie uns denn? Wir sind doch anständige Leute; wir waschen doch nicht anderer Leute Wäsche ... Sie müssen den politischen Konkurs, den Sie erlitten haben, und seine Begleiterscheinungen selbst verantworten.“

Herbert Wehner am 23. November 1966 im Deutschen Bundestag.

Nachdem die SPD die Regierung übernahm:

Der Spiegel: „Sie sagen politisch zu tragen. Würde das auch gegen die Op-

position möglich sein? Oder brauchen Sie die Opposition dazu?“

Wehner: „Nein, ich brauche die Opposition nicht.“

Der Spiegel Nr. 5 vom 26. Januar 1970.

„Schleimer ... Pappkamerad ...“

Zwischenruf gegenüber Dr. Rainer Barzel im Deutschen Bundestag am 15. April 1970.

„Es ist eine hundsföttische Art, durch systematische Erzeugung von Unsicherheit in der Bevölkerung zu versuchen, andere zu Fall zu bringen, um selbst wieder an die Macht zu kommen.“

Artikel im SPD-Pressedienst vom 21. September 1970.

„Hier fehlt nur noch die Frage: Wollt Ihr den totalen Krieg?! ... Nur noch diese Frage, diese Sportpalastfrage!“

Zwischenruf im Deutschen Bundestag am 24. Februar 1972.

„Also um es ganz grob zu sagen: Hier wird auf zivilisiert versucht, ein wenig Chile zu machen.“

In der Sendung „Die Woche in Bonn“ im 1. Programm des NDR und des WDR am 22. September 1973.

„SPD und FDP gemeinsam haben die feindselige Kampagne der Rechtsparteien zum Scheitern gebracht. Der heimtückische Versuch eines kalten Staatsstreiches wurde zurückgeschlagen.“

Auf einer Großkundgebung der SPD in Hannover am 27. Mai 1974.

„CDU/CSU als ‚Volksfront von rechts‘ aus der Rolle der parlamentarischen Opposition ist die akute Gefahr, mit der die SPD und die FDP sich befassen und der sie widerstehen müssen.“

In der SPD-Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft“ Nr. 12, Dezember 1974.

■ KOALITION

„Wir haben ganz schön was mitgemacht“

Der wiedergewählte Bundesvorsitzende der Deutschen Jungdemokraten, Professor Theo Schiller, erklärte auf dem Kongreß seiner Organisation: „Wenn man die politische Lage in der Bundesrepublik vor einem Jahr mit der heutigen vergleicht, so muß man sagen: Wir haben ganz schön was mitgemacht in letzter Zeit.

Da ist die Serie von Landtagswahlerfolgen der CDU/CSU und die Stimmenverluste der Koalition, insbesondere der SPD.

Da ist das Stagnieren der Reformpolitik an allen Ecken und Enden.

Da ist vor allem eine Beschäftigungskrise, wie wir sie in der Bundesrepublik noch nicht erlebt haben.

Die SPD ist kopscheu und trottet ziemlich lahm hinter dem Kanzler her.

Unsere Partnerpartei, die FDP, flattert an allen möglichen Gliedern. Der Führungswechsel... ist nicht durch eine Steigerung der Qualität gekennzeichnet, sondern durch eine Steigerung der Quantität: statt einer Führung hat sie jetzt mehrere Führungen, wobei ich offenlassen will, ob das mehr mit Doppelkopf oder mehr mit Januskopf zu tun hat.“

SPD/FDP gegen Verbesserung der Kommunalfinanzen

In einem Entschließungsantrag zur Lage der Städte, Gemeinden und Kreise im Finanzausschuß des Bundestages hatte die CDU/CSU-Fraktion nach dem Zeitpunkt gefragt, wann der Anteil der Gemeinden an der Einkommen- und Lohnsteuer von 14 auf 18 Prozent erhöht

werden könne. Insbesondere hatte sie verlangt, daß bei den kommenden Verhandlungen über die Neuverteilung der Steuereinkommen nach der mit den Ländern vereinbarten Revisionsklausel bei der Belastung des kommunalen Bereichs aus dem Steuerreformgesetz das Mehraufkommen aus der Grundsteuer mit rund 840 Millionen DM nicht als belastungsmindernd abgesetzt werden kann. Schließlich sollte dafür Sorge getragen werden, daß den Gemeinden für die Einnahmeausfälle aus der Erhöhung des Gewerbesteuerfreibetrages ab 1. Januar 1975 ein Ausgleich geschaffen werde.

Alle Beratungspunkte wurden vom Finanzausschuß mit der Mehrheit der Koalitionsparteien z. T. mit der Begründung abgelehnt, daß für die geforderten Finanzierungsvorstellungen für die Gemeinden durch den Bund die verfassungsrechtliche Zuständigkeit fehle. Demgegenüber hatte die CDU/CSU darauf hingewiesen, daß sich die Gemeinden finanziell am schlechtesten entwickelten, und daß dieser Trend gestoppt werden müsse.

Skandal an der Uni Heidelberg

Fälschung, Betrug, Devisenschmuggel und politische Wühlarbeit im Ausland — das sind nur einige der Vorwürfe, die gegen wissenschaftliche Mitarbeiter des Südasien-Instituts der Universität Heidelberg erhoben wurden. Der Untersuchungsausschuß des Stuttgarter Landtags deckte diese Vorfälle bei einer in Thailand arbeitenden Projektgruppe der Universität, die sich vorwiegend aus Linksradiakalen zusammensetzte, auf. Von dieser Gruppe wurden zwischen 1968 und 1973 nicht nur Gelder der Universitätskasse und der Deutschen Forschungsgemeinschaft verschleudert — Arbeiten über den For-

schungsauftrag gibt es fast keine —, sondern auch der deutsche Botschafter in Thailand wurde bloßgestellt und beleidigt.

Bei den Thailändern erregte die deutsche Gruppe öffentliches Ärgernis. Manche der Heidelberger erklärten gegenüber Einheimischen, wenn sie ein sozialistisches, freies Thailand haben wollten, müßten sie zuerst diesen oder jenen Politiker „abknallen“.

Schwere Vorwürfe hat auch der Politologe Professor Sarkisyanz gegen Mitarbeiter des Südasiens-Instituts erhoben. Vor dem Untersuchungsausschuß erklärte er, mit Reisegeldern sei leichtfertig umgegangen worden. Scharf kritisierte er außerdem die wissenschaftliche Effizienz der Außenstellen des Instituts in Kabul und Bangkok. In diesen Außenstellen, die jährlich rund 400 000 Mark kosteten, werde wissenschaftlich so gut wie nichts geleistet. Angehörigen von Außenstellen seien Tagesgelder von 800 Mark von der Universität für Reisen nach Nepal bewilligt worden, bei denen die Wissenschaftler lediglich ihre Autos verkauft hätten.

Der „sachliche“ FDP-Wahlkampfstil

Die FDP in Nordrhein-Westfalen macht wieder von sich reden, und zwar weniger als politische Kraft, sondern durch üppige Kraftmeierei. Nicht anders können die Worte gedeutet werden, die sich maßgebliche FDP-Repräsentanten auf ihrem Parteitag in Bonn einfallen ließen. Davon eine kleine Kostprobe. Nach FDP-Chef Riemer ist die „CDU für verantwortungsbewußte Menschen ganz einfach nicht wählbar“. Schluß daraus: Für die FDP ist die Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung, die der CDU in einem Land nach dem anderen das Vertrauen gibt, also nicht mehr ver-

antwortungsbewußt. Nach Riemer wählen die Bürger auch „den größten Unsicherheitsfaktor in der deutschen Politik“, vor dem „uns der Herr bewahren möge“. Graf Lambsdorf redet vom „politischen Sicherheitsrisiko erster Ordnung“. Innenminister Weyer sieht seine Partei gar „den Wölfen im Schafspelz“ gegenüber, die „drohend ins Land fallen“. In einem Atemzug fordert er dann auf, den Wahlkampf sachlich zu führen. Kommentar überflüssig. Daran sollten er und seine Wortakrobaten in der FDP denken, wenn sie sich mit einer Partei beschäftigen, der man vor kurzer Zeit noch in höherem Sinne offen gegenüberstand.

Rahmenrichtlinien bleiben

Die hessische Landesregierung hat es abgelehnt, die umstrittenen Rahmenrichtlinien für Gesellschaftslehre im Schulunterricht zurückzuziehen. Kultusminister Krollmann, Nachfolger des gestürzten von Friedeburg, lehnte ferner die Forderung der CDU-Opposition ab, eine überarbeitete Fassung dem Parlament zur Diskussion vorzulegen. Diese Ablehnung steht im Gegensatz zu der SPD/FDP-Koalitionsvereinbarung vom Dezember 1974. Darin war eine Neufassung der Rahmenrichtlinien unter Berücksichtigung der Gesichtspunkte von Toleranz und gesellschaftlicher Pluralität angekündigt worden.

Radikalen-Hilfe

Der Präsident der Technischen Universität hat der maoistischen KPD/ML (Sprecher: Ex-Kommunarde Kunzelmann) Räume zur Verfügung gestellt, damit die KPD eine Protestversammlung gegen den „Polizeiterror“ durchführen konnte. Bei dem „Polizeiterror“ handelt es sich um die Suche nach den Entführern von Peter Lorenz.

■ KOALITION

So macht die SPD/FDP Gesetze

Die SPD/FDP-Koalition ist nicht mehr in der Lage, ein ordnungsgemäßes Gesetzgebungsverfahren zu gewährleisten. Wichtige Gesetze, von denen Millionen Bürger betroffen sind oder bei denen es um Milliarden an Steuergeldern geht, werden durch Bundestag und Bundesrat gejagt und können deshalb nicht mehr sorgfältig beraten werden. Die Folgen spüren wir alle.

Beispiel Steuerreform

Schon bei den Beratungen kritisierte die CDU/CSU, wie dieses Gesetz durch den Finanzausschuß gejagt wurde. So der Abgeordnete Professor Zeitel am 5. Juni 1974 vor dem Plenum des Bundestages:

„Die Art und Weise der Beratungen... entsprachen jedenfalls nicht der Sorgfalt, wie wir sie als selbstverständlich voraussetzen. In verschiedenen Phasen der Beratungen im Finanzausschuß waren nach unserem Eindruck nicht einmal mehr die höchst sachkundigen Mitglieder der Ministerialbürokratie imstande, den jeweiligen Beratungssachverhalt und seine politischen Alternativen für Mitglieder des Ausschusses darzustellen... Von einer seriösen Gesetzgebung kann deshalb beim dritten Steuerreformgesetz unseres Erachtens nicht mehr gesprochen werden.“

Am 31. Januar 1975 wird ein Gesetz verabschiedet, mit dem die sogenannte Steuerreform vom Sommer 1974 in einem Punkt ergänzt wurde, mit dem aber vor allem gesetzgeberische Fehler aus

dem vergangenen Dezember in Ordnung gebracht werden sollten. Die Ergänzung betrifft die steuerliche Begünstigung von Umweltschutzinvestitionen. Dazu der Abgeordnete Carl-Ludwig Wagner:

„Wir stehen also vor der betrüblichen Tatsache, daß Gesetze korrigiert werden müssen, die erst vor einem Monat im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden sind. Neben den krassen Fehlleistungen bei der Steuerreform, die zur Zeit die Öffentlichkeit bewegen, ist dies ein neuer Beweis für die Unfähigkeit der Bundesregierung und ihrer Koalition, wenigstens eine handwerkliche Korrektheit ihrer Gesetzgebung sicherzustellen.“

Beispiel Konjunkturprogramm

Der Schmidt-Dienst (Wirtschaftsinformationen) berichtet von einer Überschwemmung der Finanzämter mit Anfragen zum Thema Investitions-Zulage und einer großen Unsicherheit bei den Unternehmen über Modalitäten und Details dieses Gesetzes und schreibt dazu am 20. Dezember 1974:

„Die Schuld hat allein die Bundesregierung, die ein in Wirkung und Zielsetzung bislang undurchschaubares Konjunkturbelebungsprogramm unter ungeheurem Zeitdruck (NRW-Wahl am 4. Mai 1975!) durchzieht. Es ist sicherlich ohne Beispiel, daß ein (vermutlich!) 10 Mrd.-Projekt im Bundestag in wenigen Stunden durchgepeitscht wird, noch dazu ohne Kostenangaben und Deckungsvorschläge.“

Beispiel Finanzpolitik

Der Haushaltsausschuß mußte am 30. Januar 1975 Beschluß fassen über einen am gleichen Tage eingebrachten Antrag des Bundesministers der Finanzen im Haushalt 1975 mehr als 3 Mrd. DM zusätzlich bereitzustellen, um es der Bundesanstalt für Arbeit zu ermöglichen, die fälligen Arbeitslosengelder in den nächsten Monaten zahlen zu können, und das, obwohl die Bundesregierung noch am 15. Januar auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine beruhigende Versicherung über die Finanzlage der Bundesanstalt abgegeben hatte.

Bei der Abschlußberatung des Bundeshaushalts 1975 im Haushaltsausschuß erklärten die Regierungsvertreter am 23. Januar 1975, zusätzliche Kürzungen seien bei keiner Ausgabenposition mehr möglich. Nur sechs Tage später schlugen dieselben Leute von sich aus zusätzliche Kürzungen im Wege der globalen Minderausgabe von 720 Mio. DM vor. Dazu der Abgeordnete Dr. Althammer:

„Diese widersprüchlichen Erklärungen, die objektiv falschen Behauptungen, die nur nach wenigen Tagen richtiggestellt werden müssen, kennzeichnen wieder einmal die Schlamperei und Schluderei in der Finanzpolitik, die vor allem unter den Finanzministern Schmidt und Apel eingerissen ist.“

Beispiel Volljährigkeit

Die „Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe“ (Bonn) hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der „flankierende Maßnahmen zur Herabsetzung des Volljährigkeitsalters auf 18 Jahre für junge Menschen in Heimen“ vorsieht. Danach kann der Antrag gestellt werden, den Heimplatz auch über das 18. Lebensjahr hinaus zu behalten. Dies gilt aber

nur für diejenigen jungen Menschen, die der Fürsorgeerziehung oder der Freiwilligen Erziehungshilfe unterliegen. In den Heimen leben jedoch auch viele junge Menschen, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen. Nach dem geltenden Recht droht daher solchen volljährigen Heimkindern die Straße.

Beispiel Ehescheidungsreform

Die Bundesregierung hatte die Absicht, das neue Ehe- und Familienrecht bereits am 1. Januar 1975 in Kraft treten zu lassen. Daraus ist bekanntlich nichts geworden. Dazu der Abgeordnete Carl Otto Lenz:

„Ich stelle nachdrücklich fest, daß der mangelhafte Stand des Gesetzgebungsverfahrens ausschließlich von SPD und FDP zu verantworten ist; denn der im Jahre 1971 von dem damaligen Bundesjustizminister Jahn vorgelegten Entwurf ist bis zum Ablauf der letzten Wahlperiode des Bundestages nur in Erster Lesung diskutiert und dann nicht mehr beraten worden, weil man den Ostverträgen die absolute Priorität im gesamten Gesetzgebungsverfahren eingeräumt hatte.“

Was von der Art der Gesetzgebungsverfahren und der Kritik der Opposition zu halten ist, stellt der NDR/WDR am 12. Februar 1975 in einem Kommentar fest:

„... Wenn sich Ministerpräsident Stoltenberg auf einer Pressekonferenz in Bonn bitter darüber beklagte, daß den Gesetzgebungsorganen auch bei wichtigen Vorhaben viel zu wenig Zeit gelassen wird, so ist das gewiß nicht ein neuer propagandistischer Schachzug der Opposition, sondern ein berechtigter Hinweis auf eine eingerissene Praxis, von der man hoffentlich sehr schnell wieder wegkommt.“

■ KONGRESS

Union hat die berufliche Bildung nicht erst in der Krise entdeckt

Die Verbesserung der beruflichen Bildung zählt, herausgehoben aus der Fülle der bildungspolitischen Notwendigkeit, zu den obersten Prioritäten einer zukünftigen CDU/CSU-Bundesregierung, auch in finanzieller Hinsicht. Mit diesen Worten machte der Vorsitzende der CDU, Helmut Kohl, vor fast 600 Kongreßteilnehmern und Journalisten deutlich, warum die CDU zu einem Berufsbildungskongreß nach Saarbrücken eingeladen hatte: um mit allen Gruppierungen der Betroffenen ihre konkreten Vorstellungen für eine bessere berufliche Bildung zu diskutieren.

Der CDU-Vorsitzende verwies in seiner Eröffnungsrede darauf, daß CDU und CSU die Bedeutung der beruflichen Bildung im Unterschied zu SPD und FDP nicht erst angesichts leerer Kassen und sich verschärfender Jugendarbeitslosigkeit entdeckt haben. Diese Feststellung konnte er mit einer eindrucksvollen Leistungsbilanz belegen:

● 1969 hat Hans Katzer als Arbeitsminister einer von der CDU geführten Regierung mit dem Berufsbildungsgesetz und dem Arbeitsförderungsgesetz den Einstieg in ein modernes Konzept beruflicher Bildung begonnen.

● 1971 legte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein Sofortprogramm zur

Verbesserung der beruflichen Bildung vor.

● Auf ihren Parteitag 1973 und 1974 beschlossen CDU und CSU umfassende Programme zur Weiterentwicklung des beruflichen Bildungswesens.

● Im März 1974 wurde dem Bundestag von der Union ein Antrag zur Neufassung des Berufsbildungsgesetzes vorgelegt.

● Im Januar 1975 legte die Bundestagsfraktion ihr Dringlichkeitsprogramm zur Überwindung des Lehrstellenmangels und zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit vor.

Helmut Kohl machte deutlich, daß die SPD/FDP-Bundesregierung nach vielen gescheiterten Anläufen auch jetzt nicht zu einem Konzept fähig ist, das die in der Berufsbildung anstehenden Probleme zu lösen vermag. Vor dem Hintergrund dieses Versagens der Linkskoalition zeichnete er die Grundlinie des Programms der CDU für eine realistische, an den Interessen von 80 % aller jungen Menschen orientierten Weiterentwicklung des beruflichen Bildungswesens. Seine zentralen Aussagen:

■ Die CDU macht ernst mit der Forderung nach der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung auch im Interesse der Verwirklichung einer aktiven Demokratie.

■ Es gibt für die CDU keinen Grund, von der bewährten Form einer verzahnten Ausbildung in Berufsschule und Be-

trieb abzugehen. Überbetriebliche Ausbildungsstätten sollen die betriebliche Ausbildung ergänzen.

■ Die Verunsicherung der Betriebe und Ausbilder durch Bundesregierung und SPD muß beendet und das Vertrauen in den Staat als Partner wiederhergestellt werden.

■ Die CDU strebt eine langfristige strukturelle Regelung für eine gerechte Verteilung der finanziellen Ausbildungs-lasten an. Zur kurzfristigen Schaffung neuer Lehrstellen soll der Staat entsprechend dem Dringlichkeitsprogramm der CDU/CSU-Bundestagsfraktion finanzielle Hilfen bereitstellen.

■ Die CDU wird jedes Modell zur Finanzierung der betrieblichen Ausbildung daran messen, ob es mehr und bessere Ausbildungsplätze hervorbringt.

■ Eine reibungslose inhaltliche Koordination zwischen Schule und Betrieb erfordert ein partnerschaftliches Zusammenwirken von Bund und Ländern bei der Gestaltung der Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrpläne. Die von der CDU vorgeschlagene Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über einen erweiterten Bundesausschuß für berufliche Bildung ist dafür ein geeignetes Organisationsmodell.

■ Ziel der CDU ist es, Auszubildende, Lehrer an berufsbildenden Schulen, Kammern der Wirtschaft, staatliche Stellen, Bund und Länder, Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber auf die gemeinsam zu leistende Bildungsaufgabe zu verpflichten. Dem entsprechen die Vorstellungen der CDU für die Organisation der Berufsbildungsausschüsse und für die Zuständigkeit der Kammern.

In fünf Arbeitskreisen diskutierte und vertiefte der Kongreß die in der Rede des Parteivorsitzenden und in der bil-

dungspolitischen Grundsatzrede des bayerischen Kultusministers Professor Dr. Hans Maier dargelegten Grundzüge einer realistischen Berufsbildungsreform. Schwerpunkte waren die Partnerschaft von Betrieb und Schule, die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und allgemeiner Bildung, die Probleme der benachteiligten Jugendlichen — insbesondere der Behinderten und der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß —, die berufliche Bildung als Alternative zum Studium und die Finanzierung der beruflichen Bildung.

Abrechnung mit Rohde

Der Vorsitzende des Bundeskulturausschusses und rheinland-pfälzische Kultusminister Dr. Vogel setzte sich anhand der deutlich gewordenen Vorstellungen der CDU in seiner Schlußansprache mit dem Referentenentwurf der Bundesregierung für ein neues Berufsbildungsgesetz auseinander. Er nannte dabei acht Punkte, derentwegen die CDU das Gesetz in seiner vorliegenden Form ablehnen müsse:

- ① Über 40 Ermächtigungen für Rechtsverordnungen machen den Entwurf zu einem Instrument bürokratischer Allmacht.
- ② Das vorgesehene Bundesinstitut ist für die Abstimmung zwischen Bund und Ländern über Rahmenlehrpläne und Ausbildungsordnungen ungeeignet, weil nicht auf Partnerschaft von Bund und Ländern aufgebaut.
- ③ Die auf Länderebene ermöglichten Landesanstalten bedrohen die Rechtseinheit der beruflichen Bildung in der Bundesrepublik.
- ④ Der Entwurf degradiert die Selbstverwaltung der Wirtschaft zum zahlungsverpflichteten Erfüllungsgehilfen der Bürokratie.

5 Überbetriebliche Ausbildungsstätten sollen zum dritten selbständigen Lernort entwickelt und damit Einfallstor zur Abschaffung der betrieblichen Ausbildung werden.

6 Der Geltungsbereich des Gesetzes ist nicht so scharf abgegrenzt, wie es die Verfassung gebietet.

7 Im Entwurf wird der Schule keine partnerschaftliche Stellung zugewiesen, sondern es wird versucht, die Berufsschule von den anderen Schularten zu trennen und dem Bund zu unterwerfen.

8 Der vorgelegte Finanzierungskompromiß sichert weder ein kontinuierliches Angebot noch eine gerechte Verteilung der Mittel. Er honoriert die Mani-

pulation des Angebotes an Ausbildungsplätzen und bestraft die Betriebe, die regelmäßig Plätze bereitstellen. Die mit diesem System verfügbaren Mittel von höchstens 500 Mill. DM rechtfertigen nicht einmal den Verwaltungsaufwand ihrer Verteilung.

Dr. Vogel machte schließlich deutlich, daß eine verbesserte Berufsausbildung wesentlich davon abhängig ist, ob es gelingt, die Situation der Hauptschule zu verbessern und „sie zur Hauptsache zu machen“. Er warnte zugleich davor, angesichts der aktuellen Jugendarbeitslosigkeit von den Bildungspolitikern zu erwarten, daß sie die konjunkturpolitischen Fehler der Wirtschaftspolitik korrigieren könnten.

Praxisnahe Arbeitskreise

Die Ergebnisse der Arbeitskreise spiegeln die Erfahrungen und Interessen der Kongreßteilnehmer in besonderem Maße wider. Die CDU erwartete hier den Rat und das Urteil verschiedenartiger Praxiserfahrung.

Unter diesem Gesichtspunkt ist es bedeutsam, daß in dem Arbeitskreis 1 „Betrieb und Schule als Partner“ sich die Teilnehmer einhellig dafür aussprachen, die Weiterentwicklung der beruflichen Bildung auf den Grundsätzen der Partnerschaft zwischen Schule und Betrieb, zwischen Lehrern und Ausbildern aufzubauen, die Ausbildungslast tragen.

Der Arbeitskreis 2 „Bildungsweg ohne Sackgassen“ verneinte das Ziel der Verschmelzung von beruflicher Bildung und Oberstufe des Gymnasiums und sprach sich statt dessen für die Einführung und Ausgestaltung doppelt qualifizierter Bildungsgänge aus.

Der Arbeitskreis „Stiefkinder der Chancengleichheit“ fand bei vielen Kongreßgästen besondere Beachtung. Er brach-

te eine Konkretisierung der Vorstellungen der CDU zu einer verstärkten Förderung behinderter Jugendlicher, Jugendlicher ohne Hauptschulabschluß, Jugendlicher aus sozial schwachen Familien und ausländischer Jugendlicher. Wichtigstes bildungspolitisches Ergebnis des Arbeitskreises 4 „Berufliche Bildung als Alternative zum Studium“ war die übereinstimmende Forderung, den tertiären Bereich differenzierter als bisher zu gestalten und durch duale Ausbildungsgänge zu ergänzen.

Der Arbeitskreis 5 „Finanzierung der beruflichen Bildung“ fand bei der Presse die stärkste Beachtung. Trotz einer teilweise kontroversen Diskussion bestand bei der Mehrheit Einigkeit über die Ablehnung eines Fondssystems und über die Notwendigkeit einer finanziellen Entlastung der ausbildenden Betriebe. Als entscheidend wird angesehen, daß ein Finanzierungssystem die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe fördert.

ZITAT

Portugiesische Illusion

Das offizielle Europa und das Gremium seines besonderen Schutzes, die Nato, verharren in betretenem Schweigen. Solange das Regime in Lissabon mit „niedrigem Profil“ vorgeht, gibt es keine vertragliche Handhabe, Bedenken anzumelden. Es zeigt sich jetzt, wie kurzsichtig es war, daß man aus ebendiesen Gründen vor Jahren in Griechenland faschistische Offiziere ohne Rüge gewähren ließ. Man hat damals „vertragstreu“ einen Präzedenzfall geschaffen, der die Verteidigung der Freiheit durch Unfreiheit bedeutete.

Man mache sich keine Illusionen. Die Äußerungen der Machthaber, man baue eine „sozialistische Gesellschaft auf“, weisen unter den neuesten Umständen zwar genügend darauf hin, daß eine Volksdemokratie unter militärischer Anleitung entstehen soll. Doch die besorgten Regierungen Westeuropas können kaum wagen, sich darüber zu räuspern, denn ihre öffentliche Meinung ist schon jetzt gespalten und wird es immer mehr werden. Wie im spanischen Bürgerkrieg droht Europa eine schlimme Konfrontation der Meinungen. Wenn Le Monde einen Leitartikel „Demokraten in Uniform“ betitelt, ist damit schon angedeutet, wie weit in Frankreich die Neigung geht, der portugiesischen Entwicklung Vorschub auf demokratisches Wohlverhalten zu geben. Im November 1971, als die Lage in Chile schon dubios erschien, fand Mitterrand den Allende-Staat wunderbar. Letzte Woche ist Mendes-France

Anschrift:

begeistert aus Portugal zurückgekehrt. Der gute Wille der nichtkommunistischen europäischen Linken, immer nur das Beste in solchen Entwicklungen zu sehen, ist uner-schöpflich. Behielte sie doch einmal recht!

Wenn erst in Portugal gemäßigte Parteien mit Verbot belegt werden, müßten sich die linken Wohlmeinenden entscheiden, wie dehnbar ihr Demokratieverständnis ist. Das gilt auch für Deutschland. Und das kann schrecklich werden.

Jenseits aller Ideologien wird der Verlust der strategischen Position Portugal ein Ereignis sein, das den Westen erschüttert. Denn dies bedeutete nicht nur das Ausscheiden aus der Allianz: es droht die Umfunktionierung Südwesteuropas zum potentiellen Stützpunkt des Gegners. Dem Westen stehen gegenüber solchem strategischen Verhängnis nicht die gleichen Mittel zur Verfügung wie den Sowjets, und die Nato würde durch den Abfall Portugals eine irreparable Schwächung erleiden. Sie müßte zur transatlantischen Straffung des Bündnisses führen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. 3. 1975

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH., 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 193 795. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UID